

Deutsche Interessen in der Außenpolitik

Beschluss des CSU-Parteivorstands

9./10. September 2016, Schwarzenfeld

Deutsche Außenpolitik steht in einer festen Kontinuität von klarer Werteorientierung: Westbindung, Völkerrecht, Humanität, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Die CSU steht unverrückbar zu diesen Grundwerten. Wir stehen zu unseren internationalen Partnern, allen voran den Vereinigten Staaten von Amerika. Zugleich wollen wir deutschen Interessen in der Außenpolitik mehr Geltung verschaffen. Es ist legitim, dass Außenpolitik auch wirtschaftliche Interessen sichert und Versorgungssicherheit gewährleistet. Außenpolitik muss pragmatisch und darf nicht ideologisch sein.

Deutsche Außenpolitik muss deutschen Interessen dienen.

Deutschland ist eine selbstbewusste Nation, die auf Augenhöhe mit internationalen Partnern handelt. Wir müssen unsere nationalen Interessen ebenso selbstverständlich formulieren, wie es andere Staaten tun. Unsere Interessen in der Außenpolitik liegen als Exportnation beispielsweise im freien Handel, in der Rohstoff- und Energiesicherheit. Im Wettbewerb mit den aufsteigenden Nationen, allen voran China, wollen wir weltweit Standards mitprägen und der Sozialen Marktwirtschaft – soweit nur irgend möglich – Geltung verschaffen.

Deutschland muss aktive Krisenprävention betreiben.

Wir dürfen nicht zusehen, wie Staaten zerbrechen oder scheitern. Denn Instabilität ist der Nährboden für Bürgerkrieg, Fluchtbewegungen und Terrorismus. Es liegt im deutschen Interesse, Krisen rechtzeitig vorzubeugen. Für die Krisenprävention benötigen wir ein Frühwarnsystem. Dazu braucht es die substanzielle Stärkung der notwendigen Instrumente: Diplomatie, Entwicklungspolitik, Streitkräfte. In enger Abstimmung mit der Staatengemeinschaft sollte ein abgestufter Aktionsplan aus entwicklungspolitischen, diplomatischen bis hin zu sicherheitspolitischen Mitteln zum Einsatz kommen.

Deutsche Entwicklungspolitik muss Afrika in den Fokus nehmen.

Afrika ist durch die Globalisierung näher an Europa herangerückt. Auch Entwicklungen südlich der Sahara werden wir früher oder später unmittelbar zu spüren bekommen. Es gilt, Stabilität und Entwicklung zu fördern und dafür zu sorgen, dass Menschen in ihrer Heimat eine Perspektive haben. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass die Menschen in Afrika von wirtschaftlicher Prosperität profitieren und umfassenden Zugang zu Bildung haben. Der Ausbau der Infrastruktur soll vorangetrieben und Hunger bekämpft werden. Aus der Perspektivlosigkeit in Afrika von heute dürfen nicht die Flüchtlingsströme von morgen werden.

Europa muss die Fähigkeit haben, Flüchtlingsströme an den Außengrenzen aufzuhalten.

Die Schaffung von Stabilität und Sicherheit und die Eindämmung von Krisenherden sind für uns von großem Interesse, um die Flüchtlingsbewegungen deutlich zu reduzieren. Fluchtursachenbekämpfung und die europäische Grenzsicherung sind hierbei zwei Seiten einer Medaille. Europa muss die Fähigkeit haben, seine Grenzen zu sichern und selbst zu entscheiden, wer nach Europa kommt. Diese Rolle dürfen wir nicht aus der Hand geben.

Europa muss als Akteur im Nahen Osten an Bedeutung gewinnen.

Die außenpolitischen Krisen im Nahen und Mittleren Osten haben auf keine andere Region so direkte Auswirkungen wie auf Europa. In Form von Flüchtlingsbewegungen und terroristischen Bedrohungen haben sie bei uns mittlerweile eine sichtbare innergesellschaftliche Dimension eingenommen. Trotz der Wirkungsintensität nimmt Europa im Vergleich mit anderen Akteuren keine größere Rolle beim Antwortversuch auf die Krisen ein. Wir wollen uns deswegen für ein Konzept zur stärkeren strategischen Positionierung der EU im Nahen Osten einsetzen. Insgesamt muss Europa mehr eigene operative Handlungsfähigkeit entwickeln.

Der BREXIT muss fair und geordnet ablaufen.

Großbritannien hat sich entschieden, die Europäische Union zu verlassen. Dies müssen wir akzeptieren und dürfen darauf nicht mit Schuldzuweisungen reagieren. Großbritannien muss ein Teil Europas und ein enger Partner Deutschlands bleiben. Großbritannien ist für Bayern das zweitwichtigste Exportland. Es liegt im deutschen und im bayerischen Interesse, dass wir auch nach dem BREXIT mit Großbritannien intensive wirtschaftliche und politische Verbindungen pflegen. Deswegen streben wir an, mit Großbritannien ein Handelsabkommen abzuschließen, das möglichst nah am Status quo ist, aber unberechtigte Sonderregelungen vermeidet. Ziel muss es sein, die Auswirkungen des BREXIT für die Wirtschaft und die Menschen so minimal wie möglich zu halten.

Der Dialog mit Russland muss fortgesetzt werden.

Es gibt nichts zu beschönigen an der rechtswidrigen Annexion der Krim und der Destabilisierung der Ostukraine oder an den Defiziten in puncto Rechtsstaatlichkeit in Russland. Eine Vielzahl internationaler Konflikte von der Ukraine bis Syrien können jedoch nicht gegen, sondern nur mit Russland gelöst werden. Dafür ist es bei aller Geschlossenheit von EU und NATO nötig, den Dialog mit Russland aufrecht zu erhalten oder sogar noch zu intensivieren. In enger Abstimmung mit unseren Partnern kommt Deutschland hier eine besondere Rolle als Brückenbauer zu. Wir setzen uns für einen Fahrplan zur Rückführung der Russland-

Sanktionen im Rahmen der Erfüllung der Minsker Vereinbarungen durch alle Seiten ein. Alle Beteiligten müssen die Voraussetzungen schaffen, damit die Sanktionen wegfallen können. Mit Blick auf die deutsche und bayerische Wirtschaft ist es unser Ziel, dass die Sanktionen nicht zum Dauerzustand werden. Blockdenken ist hierbei nicht mehr zeitgemäß.

Deutschland muss sich für ein Ende der Christenverfolgung einsetzen.

Christen sind die weltweit am stärksten verfolgte Religionsgemeinschaft. Die CSU wendet sich gegen eine Unkultur des Wegschauens. Vielmehr muss Christophobie weltweit gebrandmarkt werden. Deutschland muss sich als christlich geprägte Nation weltweit für ein Ende der Christenverfolgung einsetzen.